



# Vergesst Griechenland!

**Im Schuldturn.** Nichts ist ernüchternder als ein Blick in amtliche Budget-, Steuer- und Schuldentabellen.



## Kollers Klartext

**A**uf manche Dinge ist Verlass. Egal, ob in unserem Land Hochkonjunktur herrschte wie zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts oder Flaute, so wie jetzt. Egal, ob Österreich mit der sozialdemokratisch dominierten Klima/Schlüssel-Regierung gesegnet war oder mit der rechtskonservativen Schlüssel-Wenderegierung oder, so wie jetzt, mit dem Gespann Faymann/Spindelegger: Die Staatsschulden sind in all diesen Jahren gestiegen.

Und zwar von 124 Milliarden Euro im Jahr 1998 auf 235 Milliarden heuer. 2016 werden es 246 Milliarden sein. Und dann beginnt die Budgetsanierung. Behauptet die Bundesregierung.

Schuld an dem Schlamassel sind, wie man immer noch in ÖVP-lastigen Publikationen lesen kann, die Herren Kreisky und Androsch. Kreisky hat Österreich vor 30 Jahren mit rund 30 Milliarden Euro Schulden an seine Nachfolger übergeben. Das waren 32,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Legt man diesen Indikator zugrunde, betragen die Staatsschulden heuer mehr als das Doppelte. Nämlich 73,4 Prozent.

Die oben aufgezählten Schuldenzahlen entstammen übrigens nicht der Giftküche der mieselüchtigen Opposition. Vielmehr sind sie schwarz auf weiß dem hochoffiziellen Staatsschuldenbericht zu entnehmen, der in der vergangenen Woche präsentiert wurde.

Und noch etwas macht das mit allerlei Tabellen und Grafiken angereicherte 153-Seiten-Opus deutlich: Neben den öffentlichen Schulden weisen auch die Steuereinnahmen des Staates einen steten Drang nach oben auf. Die Einkommens- und Vermögenssteuern, inklusive Körperschafts- und Kapitalertragssteuer, stiegen zwischen 2009 und 2012 von 35,1 auf 41,1 Milliarden.

Womit Österreich innerhalb des Euroraums eine rekordverdächtige Abgabenquote von 44,6 Prozent aufweist,

geschlagen nur von Belgien und Frankreich.

Das bedeutet: Der Staat greift uns zwar Jahr für Jahr tiefer in die Taschen. Er ist aber nicht annähernd in der Lage, mit unserem Steuergeld und seinen sonstigen Einnahmen seine Aufgaben zu erledigen. Weshalb er sich Jahr für Jahr tiefer verschulden muss.

Daraus folgt so mancherlei, darunter zuvörderst die Feststellung, dass sich Österreich all die Verheißungen, mit denen die Parteien in den Wahlkampf ziehen, nicht leisten kann. Weder die von der SPÖ für 2015 angepeilte Steuerreform im Umfang von 3,1 Mrd. Euro. Noch den von der ÖVP in Aussicht gestellten Steuerfreibetrag von 7000 Euro pro Kind, Gesamtwert: 2,5 Mrd. Euro. Noch die von SPÖ und ÖVP versprochene Anhebung der Familienbeihilfe um 300 Millionen. Noch die von der ÖVP verheißene Senkung der Krankenkassen- und Unfallversicherungsbeiträge um 500 Millionen pro Jahr. Noch die von der Regierung im Zuge des jüngsten Konjunkturpakets beschlossene Vorziehung von Wohnungs-, Tunnel- und sonstigen Bauten um Hunderte Millionen.

Ebenso wenig leisten kann sich Österreich natürlich auch die Flat Tax des BZÖ, die mit sieben Milliarden Euro zu Buche schlägt. Und das Steuersplitting nebst „Elterngeld“ der FPÖ, das fünf Milliarden kosten würde. Noch ein Glück, dass wenigstens die Grünen ihr Steuerreformmodell noch nicht vorgelegt haben.

Ein Blick in die Zahlenkolonnen des Staatsschuldenberichts beziehungsweise des Bundesrechnungsabschlusses erlaubt eine weitere Feststellung. Ein großer Teil des Geldes, das der Staat den Bürgern und der Wirtschaft entzieht, dient nicht der Sicherung der Vergangenheit, sondern der Finanzierung der Zukunft. Die Zahlungen für Pensionen sowie der Zinsendienst steigen steil an und werden bis 2016 knapp 38 Prozent der Ausgaben des Bundes ausmachen.

Das heißt in Geld: Der Bund gibt rund zehn Milliarden Euro für die ASVG-Pensionen aus und rund 5,3 Mrd. für die



BIS SINFOTOLIA

Beamtenpensionen. Weitere 7,9 Mrd. für Zinszahlungen (an Rückzahlungen wagen wir gar nicht zu denken).

Für die Bildung, Kunst und Kultur gibt es hingegen nur 8,5 Mrd. Und für die Forschung 4,3 Mrd.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Pensionszahlungen sind wichtig und richtig. Österreich muss alles tun, um Altersarmut zu vermeiden. Nur: Das Geld, das zur Alimentierung der ungehemmt grassierenden Frühpensionisten aufgewendet wird, wäre anderweitig besser eingesetzt.

So also sieht die finanzielle Lage un-

serer Republik am Vorabend der an Wahlzuckerln bereits überreichen Nationalratswahl aus. Von den Milliarden, die zur Abwicklung einer möglichen Hypo-Pleite fällig werden, haben wir noch gar nicht gesprochen. Und auch nicht von der jüngsten Rechnung des industrienahen Thinktanks EcoAustria, wonach die Staatsschulden in Wahrheit nicht 73,4, sondern 251 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. Nämlich dann, wenn man sämtliche Versprechen des Staates an die lebenden und zukünftigen Generationen hinzurechnet. Vergesst Griechenland!

Koller multimedial: [salzburg.com/koller](http://salzburg.com/koller)